

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
Ratsgruppe GUT im Rat der Stadt Köln

An die
Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 22.11.2018

AN/1697/2018

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	22.11.2018

TOP 3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. betr. "Gesunde Lebensverhältnisse auch für benachteiligte Stadtteile – Umweltgerechtigkeit umsetzen!"

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie folgenden Änderungsantrag zu TOP 3.1.2 auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 22.11.2018 zu setzen.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Menschen mit geringem Einkommen sind oft höheren Umweltbelastungen ausgesetzt als finanziell besser gestellte Menschen. Gesundheitliche Belastungen als Folge von Umweltproblemen sind in Deutschland ungleich verteilt. Laut dem Umweltbundesamt weisen entsprechende Studien der vergangenen Jahre darauf hin, dass der soziale Status in Deutschland mit darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet sind.

Gesundheit hat in allen Kölner Stadtteilen höchste Priorität.

Der Rat beschließt, Umweltgerechtigkeit umzusetzen und strebt eine möglichst niedrige Umweltbelastung in allen Stadtteilen an, dazu sollen folgende Aspekte beachtet und weiterverfolgt werden:

1. Die Verwaltung soll darstellen, wie die von dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) empfohlene Herangehensweise zur Umweltgerechtigkeit - aktuell bei der Erstellung des Lebenslagenberichts, mit dessen Vorlage bis Ende 2019 gerechnet wird - für Köln umgesetzt werden kann.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem zweiten Schritt darzustellen, wie eine integrierte Strategie zu Umwelt- und Klimagerechtigkeit an die Projekte Masterplan Soziales Köln sowie Kölner Perspektiven 2030 angeknüpft werden kann. Insbesondere sind über die bisher vorhandenen Basisindikatoren weitere Indikatoren zu erfassen, vor allem im Bereich der Gesundheit. Die derzeit laufenden Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung für den Erwerb vertiefter Gesundheitsdaten soll abgewartet werden.
3. Anschließend soll die Verwaltung darlegen, wie und mit welchem finanziellen Aufwand die integrierte Strategie zur Umwelt- und Klimagerechtigkeit umgesetzt werden kann.

Begründung:

Menschen mit niedrigem Sozialstatus sind vor allem häufiger von verkehrsbedingten Gesundheitsbelastungen wie Lärm und Luftschadstoffen betroffen und haben oft weniger Zugang zu städtischen Grünflächen, d.h. sie verfügen über geringere Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten.

Die Verwaltung verfolgt den Ansatz der Umweltgerechtigkeit bereits in mehreren Ansätzen:

- Lebenslagenbericht
- Masterplan Soziales Köln
- Kölner Perspektiven 2030
- Sozialräume : Starke Veedel – starkes Köln

Im Rahmen der Lebenslagenberichterstellung werden analog der Konzeption des Difu bzw. der Berliner Konzeption die Basisindikatoren aus den Bereichen Soziale Lage, Umwelt und Gesundheit zur Identifizierung mehrfach belasteter Gebiete kleinräumig ausgewertet, Über die Frage nach weiteren Maßnahmen sollte dann auf Basis der Ergebnisse des Berichts diskutiert werden. Der Bericht wird voraussichtlich im 4. Quartal des Jahres 2019 vorgelegt werden, dieser Antrag ist mit dem Bericht wiedervorzulegen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT